

Beate Neuss/Antje Nötzold (Hrsg.)

# Polen als Motor des europäischen Integrationsprozesses

Bilanz der polnischen Ratspräsidentschaft



**Nomos**



GD Bildung und Kultur

## Programm für lebenslanges Lernen

Schriftenreihe des Arbeitskreises  
Europäische Integration e.V.

Band 77

Beate Neuss/Antje Nötzold (Hrsg.)

## Polen als Motor des europäischen Integrationsprozesses

Bilanz der polnischen Ratspräsidentschaft



**Nomos**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7492-3

1. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
-----------------------	---

### Teil I – Polen in der Europäischen Union

<i>Monika Sus</i> Polen in der Europäischen Union 1989 – 2011. Auf dem Weg zur Reife	13
<i>Agnieszka Lada</i> EU-enthusiastische Gesellschaft mit wenigen EU-Kenntnissen	31

### Teil II – Die polnische Ratspräsidentschaft 2011

<i>Iwona Kozłowska</i> Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft	47
<i>Kai-Olaf Lang</i> Konsolidierung in schwierigem Umfeld – Die Östliche Partnerschaft als Handlungsschwerpunkt der polnischen Präsidentschaft	59
<i>Matthias Niedobitek</i> Von der polnisch-ukrainischen Grenze nach Schengen – Freizügigkeit, Innen- und Justizpolitische Zusammenarbeit	79
<i>Stefan Garsztecki</i> Kohäsionspolitik und polnische Regionen – Europäisierung von oben oder von unten?	101
<i>Thomas Mehlhausen / Ireneusz Pawel Karolewski</i> Die polnische EU-Ratspräsidentschaft: Evaluations- und Analysekriterien	123

Teil III – Polen, Deutschland und Europa

*Burkard Steppacher*

Polen, Deutschland und die Europäische Einigung – Wegmarken und  
Schlüsseljahre 145

*Waldemar Czachur / Jędrzej Trojanowski*

Deutsche Polenwahrnehmung und die polnische EU-Ratspräsidentschaft 163

*Sebastian Plóciennik*

Bereit für die Eurozone? Wirtschaftliche Herausforderungen Polens auf  
dem Weg zum Kern der EU 183

Autorenverzeichnis und Herausgeberinnen 207

# Polen in der Europäischen Union 1989 – 2011. Auf dem Weg zur Reife

*Monika Sus*

## *I. Einführung*

Polen war das größte Land, das im Rahmen der sogenannten Big-Bang Erweiterung der Europäischen Union beigetreten ist. Der Weg zur Mitgliedschaft dauerte über 14 Jahre. Im Jahr 1989 wurde das seit Ende des Zweiten Weltkrieges von einem kommunistischen Regime regierte Land unabhängig und beschritt den Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft. Als Ziele wurden die Mitgliedschaft in der NATO und der EU-Beitritt definiert, von denen sich Polen Sicherheit, Stabilität und Wohlstand versprach. Im Jahr 1999 gelang es Polen der NATO beizutreten und 2004 wurde das Land Mitglied der Europäischen Union. Was vielen in Polen über lange Jahre ein Traum war, wurde nun zur Realität, die anfangs jedoch einige Herausforderungen mit sich brachte. Polen musste sich erst in seiner Rolle als EU-Mitglied zurechtfinden, um als vertrauensvoller Partner anerkannt zu werden.

Dieser Artikel hat zum Ziel, Polens Weg in die Europäische Union zu skizzieren und die Frage zu beantworten, wie es dazu kam, dass „ein wirtschaftlich komplett ruiniertes und politisch tief gespaltenes Land zu einem EU-Mitglied wurde, und [...] heute mit voller Berechtigung auf eine funktionierende Demokratie und eine stabile Marktwirtschaft verweisen [kann; M.S.]“<sup>1</sup>. Darüber hinaus bietet der Beitrag eine kritische Analyse der bisherigen Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union und versucht, die Schwerpunkte der polnischen Europapolitik zu identifizieren.

## *II. Rückkehr nach Europa?*

Längst bevor die technischen und politischen Bedingungen des polnischen Beitritts in die Europäischen Gemeinschaften und später in die Europäische Union auf die Agenda kamen, brach in Polen eine Debatte über das Verhältnis zu Euro-

1 Buras, Piotr / Tewes, Henning: Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt, Stuttgart 2005, S. 8.

pa sowie über die Selbstwahrnehmung des Landes aus. Im Jahre 1989 begann ein Prozess, der von vielen als Polens Rückkehr nach Europa bezeichnet wurde.<sup>2</sup> Nach über fünfzig Jahren Kommunismus wollte Polen (wieder) zu Europa gehören. Der Begriff „Rückkehr Polens nach Europa“ stieß jedoch auf Widerstand vieler polnischer Intellektueller, die behaupteten, Polen sei immer in Europa gewesen, nur wurde das Land nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus Europa herausgerissen und gehörte zu einem Teil der Welt, in der es sich nicht wohl fühlte. Deswegen konnte Polen das politische Projekt, das sich in Westeuropa entwickelte, nicht mitgestalten, aber die Zugehörigkeit des Landes zu Europa stand nie in Frage. Schewach Weiss, ein in Polen geborener israelischer Politiker und Diplomat, sprach sogar über einen umgekehrten Prozess der Rückkehr Europas nach Polen.<sup>3</sup> Unbestreitbar stand für Polen Westeuropa und damit auch die Europäische Gemeinschaft für Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Nach 1989 wurden die Mitgliedschaften in der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union und etwas später auch in der NATO zu den selbstverständlichen Zielen der Dritten Republik.

Die Entschlossenheit Polens, eine feste Verbindung sowie eine institutionelle Verflechtung mit Westeuropa einzugehen, äußerte sich in der Eröffnung der Vertretung des Landes bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel. Die Einrichtung nahm, unter der Leitung von Jan Kulakowski,<sup>4</sup> ihre Arbeit im Juli 1989 auf, nur ein Monat nach den ersten halbfreien Wahlen seit 1945. Kurz danach, am 19. September 1989, wurde in Warschau das Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet. Am 25. Mai 1990 stellte Polen einen Antrag zur Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft. Die Unterzeichnung folgte zwar am 16. Dezember 1991, aber das Abkommen hatte seine Mängel. Trotz der intensiven Bemühungen der polnischen Seite enthielt der Vertrag keine eindeutige Zusage einer zukünftigen Mitgliedschaft Polens. Dank dem in Brüssel wohlbekannten Jan Kulakowski ist es Polen zwar gelungen, einen Vermerk über das Streben Polens nach Vollmitgliedschaft in der EG in die Präambel zu setzen. Eine eindeutige Zusage seitens der Europäischen Gemeinschaft hätte der polnischen Regierung jedoch angesichts der sehr schwierigen Wirtschaftslage sehr geholfen, die zahlreichen strukturellen und institutionellen Veränderungen im Land durchzusetzen, die auf Kosten der Gesellschaft durchgeführt wur-

2 Für einen Überblick zu der vielschichtigen Historie Polens in „Europa“ und insbesondere mit Deutschland vgl. in diesem Band Steppacher, Burkard: Polen, Deutschland und die Europäische Einigung – Wegmarken und Schlüsseljahre, S. 145–162.

3 Vgl. Weiss, Szewach: Europa wraca do Polski, in: Wprost, o.Jg., 19 (2004), S. 84–86

4 Vgl. Szoszkiewicz, Andrzej: Zawod negocjator, in: Wprost, o.Jg., 34 (2000), S. 60–63.

den. Der 1989 eingeführte Balcerowicz-Plan führte zwar langfristig zur Stabilisierung der polnischen Wirtschaft, kurzfristig aber verschlechterte sich die Wirtschaftslage vieler Polen radikal. Wie der damalige Berater des polnischen Staatspräsidenten, Andrzej Olechowski, sagte, hätte eine klare Zusage über die künftige Mitgliedschaft

„die Gesellschaft in die Lage versetzt, sich von der Zukunft ein konkreteres Bild zu machen, sich von Ängsten vor dem wirklichkeitsfremden Trugbild eines ‚dritten Weges‘ und vor wirtschaftspolitischen Kurpfuschern zu befreien und für die eigenen Aktivitäten und die der Regierung, das Kriterium der Vereinbarkeit mit dem europäischen Modell in der Hand zu haben“<sup>5</sup>.

Eine eindeutige Erklärung über die künftige Mitgliedschaft war aber in dem Moment angesichts der politischen Lage innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht zu erwarten. Damals stand die EWG vor der Herausforderung der deutschen Wiedervereinigung und der Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in die Gemeinschaft, was sowohl finanzielle als auch institutionelle Schwierigkeiten mit sich brachte.<sup>6</sup> Darüber hinaus befand sich die Gemeinschaft im Reformprozess – Anfang Dezember 1991 erzielte der Europäische Rat auf dem Gipfel von Maastricht den Konsens über den Entwurf des Vertrags über die Europäische Union. Der Ratifizierungsprozess in den einzelnen Mitgliedstaaten hatte gerade angefangen und benötigte die ganze Aufmerksamkeit der europäischen Eliten.<sup>7</sup>

Das Streben Polens nach Integration in Westeuropa war jedoch stark und basierte auf einem einzigartigen außenpolitischen Konsens, der seit dem Anfang der 1990er Jahre bis zum Referendum über die Mitgliedschaft im Jahre 2003 fortbestand. Es waren insgesamt zehn Premierminister und sieben Außenminister, die den Beitrittsprozess begleitet und koordiniert haben. Die Beitrittsverhandlungen wurden von Ministerpräsident Jerzy Buzek und seiner konservativen Regierung aufgenommen und vier Jahre später vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Leszek Miller und seiner Regierung abgeschlossen. Der parteiübergreifende Konsens war für Polen sehr markant. Gleichzeitig war auch eine deutliche Mehrheit der polnischen Bevölkerung seit dem Anfang der 1990er Jahre für die Integration Polens in die Europäische Gemeinschaft. In einer Umfrage vom Oktober 1992 waren 62 Prozent der Bürger für eine künftige Mitgliedschaft

- 5 Olechowski, Andrzej: Referat in der Arbeitsgruppe ‚Polen und Deutsche im Prozess der Europäischen Integration‘, in: Freudenstein, Roland (Hrsg.): Deutschland und Polen im veränderten Europa. VII. Deutsch-Polnisches Forum, 2.–4.12.1992, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 75, Bonn 1993, S. 25.
- 6 Vgl. Birchen, Marc: Das Europäische Parlament und die deutsche Einheit, in: Europäisches Parlament (Hrsg.): Schriftenreihe CARDOC Nr. 5, Luxemburg 2009, S. 28–30.
- 7 Vgl. Pollak, Johannes / Slominski, Peter: Das politische System der EU, Wien 2006, S. 39–41.

und neun Prozent dagegen.<sup>8</sup> Die Zahl der Befürworter wuchs langsam bis auf 85 Prozent im Jahre 1994.<sup>9</sup> Die weitgehende Einigkeit über den Beitritt auf der politischen wie gesellschaftlichen Ebene ermöglichte es, den langen Prozess der Modernisierung des Landes zu bewältigen, der sich über viele Bereiche des politischen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Lebens erstreckte.

### *III. Bereitschaft zu Verhandlungen auf beiden Seiten*

Der Beginn der 1990er Jahre war eine Zeit des Wandels nicht nur für die bisher kommunistischen Länder, sondern auch für die Europäische Gemeinschaft. Diese musste einen strukturellen Wandel vollziehen und sich in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges neu orientieren und positionieren. Auf der Tagesordnung standen Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik, der geplante Vertrag über die Europäische Union sowie der neue Haushalt. Darüber hinaus wurden die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft mit den Veränderungen und Systemwechseln in den mittel- und osteuropäischen Ländern konfrontiert und standen bald vor der nächsten Herausforderung: die Integration der neuen Demokratien in die bisher westeuropäische Organisation. Die Europäischen Gemeinschaften bzw. später die Europäische Union musste daher einige institutionelle Änderungen umsetzen, um die Erweiterung ihrer Strukturen zu ermöglichen.

Nachdem im Vertrag von Maastricht die Konvergenzkriterien für die Währungsunion eingeführt wurden, legte der Europäische Rat auf dem Gipfel im Juni 1993 in Kopenhagen Kriterien für den Beitritt der mitteleuropäischen Länder fest. In den sogenannten Kopenhagener Kriterien wurden politische und wirtschaftliche Bedingungen definiert, die ein Land erfüllen muss, um der Europäischen Union beizutreten. Zugleich nahm die EU eine Selbstverpflichtung zu weiteren institutionellen Reformen an, um die Aufnahme der neuen Länder zu ermöglichen. Die Definition der Kriterien eröffnete Polen die Möglichkeit, einen offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft bei der Europäischen Union zu stellen. Gleichzeitig wurden ähnliche Anträge von weiteren Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas gestellt; somit musste die Europäische Union den Rahmen für die Organisation des Beitrittsprozesses definieren. Im Februar 1995 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Weißbuch zur Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Uni-

8 Vgl. Ośrodek Badania Opinii Publicznej (Hrsg.): *Przystąpienie Polski do Zjednoczonej Europy*, Warschau 1992, S. 1.

9 Vgl. Ośrodek Badania Opinii Publicznej (Hrsg.): *Polska a Unia Europejska*, Warschau 1994, S. 4f.

on<sup>10</sup> und im Juni 1997 erstellte sie einen ersten Entwurf der sogenannten Agenda 2000.<sup>11</sup> Es war ein umfangreiches Aktions- und Reformprogramm, vor allem in Bezug auf die europäische Agrar- und Regionalpolitik, zur Stärkung der Gemeinschaftspolitik im Hinblick auf die EU-Erweiterung. Gleichzeitig sprachen sich die EU-Kommissare dafür aus, erst mit einer Gruppe von sechs Ländern, darunter auch Polen, über den Beitritt zu verhandeln. Der Vorschlag wurde auf dem Gipfel des Europäischen Rates im Dezember 1997 in Luxemburg angenommen<sup>12</sup> und die Beitrittsverhandlungen wurden Anfang 1998 mit der sogenannten Luxemburger Gruppe initiiert, zu der neben Polen Estland, die Tschechische Republik, Slowenien, Ungarn und Zypern gehörten.<sup>13</sup>

Ab März 1998 liefen die Beitrittsverhandlungen, die eine Fülle an Reformen verlangten. Anfang 1997 beschloss die polnische Regierung eine „Nationale Integrationsstrategie“<sup>14</sup>. Die Verhandlungen fanden in fünf Etappen statt. Zunächst wurde der Screening-Prozess begonnen, der die polnische Gesetzgebung auf die Angleichung an das EU-Recht prüfen sollte. Als nächstes wurden die Stellungnahmen in Bezug auf die Unstimmigkeiten in einzelnen Bereichen diskutiert, so dass bis Juli 2000 die Verhandlungen in 29 Kapiteln eröffnet werden konnten. Anschließend verhandelte Polen mit den Vertretern der Europäischen Kommission durch den Austausch von Stellungnahmen, Informationen, Besprechungen, Expertengesprächen usw. Besonders umstritten waren die Freizügigkeit von Arbeitskräften, die Integration der polnischen Landwirtschaft in die europäische Agrarpolitik, die Regional- und Strukturpolitik sowie das Wettbewerbsrecht und die gemeinsame Wettbewerbspolitik. Kritisch sah die Republik auch die Frage des Landerwerbs durch EU-Bürger in Polen.

Am 9. Oktober 2002 schlug die EU-Kommission zehn Staaten, darunter Polen, für einen Beitritt vor. Nach fast drei Jahren konnten die Verhandlungen, mit einigen Übergangsschritten in sensiblen Bereichen wie der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen in den EU-Ländern oder des Landerwerbs von Ausländern in Polen, abgeschlossen werden. Der Beitrittsvertrag wurde am 16. April 2003 auf

10 Vgl. Europäische Kommission: Weißbuch zur Vorbereitung der Assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Union, KOM(95) 163, Brüssel 1995.

11 Vgl. Europäische Kommission: Agenda 2000: Eine stärkere und erweiterte Union, KOM(97) 2000, Brüssel 1997.

12 Vgl. Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 12./13. Dezember 1997, SN400/97, Luxemburg 1997.

13 Vgl. Lippert, Barbara: Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union – Stabilitätsexport mit Risiken, in: dies. (Hrsg.): Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung, Bonn 2000, S. 136.

14 Die polnische Bezeichnung ist: „Narodowa Strategia Integracji“, vgl. Komitee für Europäische Integration: Narodowa Strategia Integacji, Warschau 1997, polskawue.gov.pl/files/Dokumenty/dok\_przyjete\_RM/Nsipl.pdf (Zugriff am 1. September 2012).

dem EU-Gipfeltreffen in Athen unterzeichnet. So kamen die Verhandlungen zu der letzten Etappe der Ratifizierung des Beitrittsvertrags. Die Umstände dafür waren jedoch nicht günstig. Aufgrund der schlechten allgemeinen Konjunkturlage in Europa, mit der der polnische Außenhandel stark verbunden war, sank das Wirtschaftswachstum in Polen von vier Prozent im Jahr 2000 auf 1,5 Prozent im Jahr 2001. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Arbeitslosen. Die Regierung Miller musste daher harte Sparmaßnahmen einführen und gleichzeitig unter diesen Bedingungen die Zustimmung der Bevölkerung für den EU-Beitritt gewinnen. Für Juni 2003 stand das Referendum über den Beitritt an. Wegen den langen und trägen Verhandlungen, deren Komplexität für die Gesellschaft oft unverständlich blieb, sowie der schwierigen Wirtschaftslage sank die Begeisterung der Polen für die Mitgliedschaft. In einer Umfrage vom April 2002 erklärten zwar 65 Prozent der Bürger ihre Zustimmung für den Beitritt, aber nur 38 Prozent der Bürger waren bereit am Referendum teilzunehmen; 63 Prozent der Polen fühlte sich unzureichend über die Integration des Landes in die EU informiert.<sup>15</sup>

Einen siebenprozentigen Zuwachs an Befürwortern der Mitgliedschaft kann man aus der Umfrage vom September 2002 entnehmen, die nach der Pilgerfahrt von Papst Johannes Paul II. nach Polen durchgeführt wurde.<sup>16</sup> Der Papst brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die polnische Gesellschaft, die seit Jahrhunderten zu Europa gehöre, endlich einen angemessenen Platz innerhalb der Strukturen der Europäischen Gemeinschaft finde und dadurch ihre Identität nicht verliere, aber mit ihrer Tradition den Kontinent bereichern könne. Er zog den Vergleich zwischen der Lubliner Union im 16. Jahrhundert und der Europäischen Union und sprach sich deutlich für den Beitritt Polens in die EU aus.<sup>17</sup> An der Bewertung des päpstlichen Einflusses auf die Ergebnisse der Volksabstimmung scheiden sich die Geister.<sup>18</sup> In jedem Fall hat die eindeutige Meinung des Papstes die Argumentation von Teilen des polnischen Episkopats, das sich gegen die Integration Polens in die EU ausgesprochen hat, relativiert.

Nach zahlreichen Aufklärungskampagnen über die Europäische Union stimmten am 7. und 8. Juni 2003 77,45 Prozent der Polen für den EU-Beitritt. Nur 22,55 Prozent waren dagegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,8 Prozent und für polnische Verhältnisse damit sehr hoch. Am 1. Mai 2004 kam der lang erwartete Moment: Polen trat der Europäischen Union bei. Włodzimierz Cimoszewicz sag-

15 Vgl. TNS OBOP: Poparcie dla członkostwa Polski w Unii Europejskiej w pierwszej połowie marca, 2002, in: [obop-arch.tnsglobal.pl/abin/r/1176/043-02.pdf](http://obop-arch.tnsglobal.pl/abin/r/1176/043-02.pdf) (Zugriff am 20. April 2012), S. 1f.

16 Vgl. ebd., S. 1–3.

17 Vgl. Lizut, Mikołaj: Od Unii Lubelskiej do Unii Europejskiej, in: *Gazeta Wyborcza* vom 20. Mai 2003.

18 Vgl. Zajac, Marek: Kościół po referendum. W jedności podzieleni, in: *Tygodnik Powszechny* vom 22. Juni 2003.

te damals, dass der Beitritt zur EU die Verwirklichung des letzten der strategischen Ziele der polnischen Außenpolitik bedeutete, die vor zehn Jahren formuliert worden waren. Sie lauteten Wiederaufbau der Souveränität, Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarn, Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit, nationale Sicherheit durch die Integration in die NATO und Sicherung der Entwicklung und des Wohlstands durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.<sup>19</sup>

#### IV. „Troublemaker“<sup>20</sup>?

Sieben Jahre nach der Aufnahme Polens in die EU sagte der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski, dass „der Beitritt Polens zuerst in die NATO und später in die Europäische Union den Prozess der Wiedererlangung der Selbstbestimmung Polens krönte“<sup>21</sup>. Laut Sikorski fand Polen den gebührenden Platz unter den Nationen Europas. Die Mitgliedschaft in der EU ist ohne Zweifel richtig für Polen, aber sie erwies sich gerade am Anfang als herausfordernd, denn Polen brauchte eine Weile, bis es seinen Platz in der EU gefunden hat. Eine der größten Schwierigkeiten, die nach dem Beitritt auftrat, war das Ende des außenpolitischen Konsenses in Hinblick auf die Integration Polens, der zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union geführt hatte. Es wurde klar, dass es an Visionen für Europa mangelte. Die Themen, die bisher die Debatte dominiert hatten, wie Direktzahlungen für polnische Bauern im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik oder die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Firmen auf dem europäischen Markt, verloren langsam ihre Bedeutung angesichts der generellen Überlegungen über die Rolle Polens in der EU. Es fehlte eine umfangreiche Strategie für die polnische Europapolitik, die Fragen wie das Verhältnis zwischen EU und Russland oder die Rolle Polens in den Entscheidungsprozessen auf der europäischen Bühne umfassen würde. Als neues Mitglied hatte das Land auch wenig Erfahrung, wie man auf dem EU-Spielplatz agiert. Zusätzlich kamen die Euroskeptiker an die Macht, die die bisherige Außenpolitik der Republik Polen als unterwürfig

19 Vgl. Normann, Christine: Polens Rolle in der EU-Verfassungsdebatte, Münster 2005, S. 26.

20 Dempsey, Judy / Kulish, Nicholas: Poland's European Union Ties May Hinge on Elections, in: The New York Times vom 7. Oktober 2011.

21 Bosacki, Marcin: Uroczyste otwarcie wystawy „Polska droga do Prezydencji“, 2011, in: Ministerstwo Spraw Zagranicznych (Hrsg.), [www.msz.gov.pl/Uroczyste\\_otwarcie\\_wystawy\\_Polska\\_droga\\_do\\_Prezydencji\\_46656.html](http://www.msz.gov.pl/Uroczyste_otwarcie_wystawy_Polska_droga_do_Prezydencji_46656.html) (Zugriff am 11. April 2012) [„Wejście Polski najpierw do Sojuszu Północnoatlantyckiego, a następnie do Unii Europejskiej zwiędzyło proces odzyskiwania przez Polskę podmiotowości“; Übersetzung der Autorin].

gegenüber der Europäischen Union bewertet haben und behaupteten, dass die polnische Diplomatie sich nicht genug um die Interessen des eigenen Landes gekümmert habe.<sup>22</sup> Seit Oktober 2005 regierte in Polen die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die zuerst eine Minderheitsregierung gebildet hatte und ab 2006 zusammen mit zwei anderen Parteien – der linkspopulistischen Bauernpartei „Selbstverteidigung“ (Samobrona) sowie mit der klerikal-nationalistischen „Liga der Polnischen Familien“ (Liga Polskich Rodzin – LPR) – eine Regierungsmehrheit erreichte. Zwar sprach sich die Mehrheit der PiS-Politiker vor der Volksabstimmung 2003 für den Beitritt Polens in die EU aus, gleichzeitig aber präsentierte die Partei eine eher aggressive Rhetorik, die stark von nationalen Interessen geprägt war und wenig Raum für die in der EU üblichen Kompromisslösungen ließ.<sup>23</sup> Jarosław Kaczyński, Parteichef und von 2006 bis 2007 polnischer Ministerpräsident, unterstrich darüber hinaus die Notwendigkeit, „eine volle Souveränität [Polens; M.S.] im Bezug auf die kulturellen und sittlichen Werte“<sup>24</sup> zu sichern.

Kennzeichnend für die Außenpolitik der PiS-Regierung war die Abkühlung der Beziehungen zu Deutschland. Sie wurden von der Affäre über die in der Berliner Tageszeitung „taz“ im Juni 2006 präsentierte Satire, die Lech Kaczyński als „Polens neue Kartoffel“<sup>25</sup> bezeichnete, und der daraus folgenden Absage des Treffens des Weimarer Dreiecks überschattet. Die genannten Ereignisse sowie der Streit um das deutsch-russische Projekt der Ostseepipeline „Nord Stream“ sorgten für Unruhe auf beiden Seiten der Oder, wobei die Gründe für die Verschlechterung der Beziehungen unterschiedlich interpretiert wurden.<sup>26</sup> Darüber hinaus wurden Schlagworte wie „Nizza oder der Tod“<sup>27</sup>, die Quadratwurzel oder der polnische Einspruch gegen das Partnerschaftsabkommen mit Russland von der europäischen Öffentlichkeit kritisch wahrgenommen, womit das Land zu ei-

22 Vgl. o.A.: Kaczyński: Polityka zagraniczna na kolanach była faktem; Kwasniewski: potrzeba ciaglosci, in: Puls Biznesu vom 1. Oktober 2007.

23 Vgl. Lang, Kai-Olaf: Machtwechsel in Warschau. Kurswechsel in der Außenpolitik?, in: SWP-Aktuell, 53 (2005), [www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/aktuell12005\\_53\\_lng\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/aktuell12005_53_lng_ks.pdf) (Zugriff am 20. April 2012).

24 Kaczyński, Jarosław: Exposé Jarosława Kaczyńskiego. Regierungserklärung Ministerpräsident Jarosław Kaczyński im Sejm am 19. Juli 2006, in: Onlineauftritt von PiS (Hrsg.), [www.pis.org.pl/article.php?id=4591](http://www.pis.org.pl/article.php?id=4591) (Zugriff am 20. April 2012).

25 Köhler, Peter: Polens neue Kartoffel, in: taz vom 26. Juni 2006.

26 Vgl. Semka, Piotr: Zimna wojna polsko – niemiecka, in: Wprost, o.Jg., 35 (2006), S. 18; o.A.: Polnische Präsidentenkanzlei vergleicht „taz“ mit „Stürmer“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 2006; Urban, Thomas: Viel Lärm um wenig, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. Juli 2006.

27 O.A.: Rokita: Zdecydowane "tak" dla hasła "Nizza albo śmierć", in: Gazeta Wyborcza vom 24. Januar 2007.

nem Störfaktor in der Europäischen Union wurde.<sup>28</sup> Man muss jedoch bemerken, dass das populistische Schlagwort „Nizza oder Tod“ im September 2003 von einem Politiker der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) kam. Jan Maria Rokita drückte mit dem Aufruf seine Meinung zum neuen Abstimmungsmodus im Rat der Europäischen Union aus, der in der Debatte über die Verfassung entwickelt wurde und der das im Nizza-Vertrag festgehaltene Stimmensystem scheinbar zu Ungunsten Polens ablösen sollte. Das Motto wurde von anderen Parteien und von der polnischen Öffentlichkeit schnell aufgenommen und die damals regierende, aber immer unpopulärere Linkspartei entschied sich deswegen zum kompromisslosen Festhalten am Abstimmungsmodus von Nizza. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2003 beharrte Leszek Miller auf der polnischen Position und wurde damit zum „Held der Neinsager“<sup>29</sup>. Die Verhandlungen über den Text der europäischen Verfassung scheiterten am Widerstand von Polen und Spanien, wobei vor allem das polnische Veto von vielen europäischen Ländern stark kritisiert wurde. Man sprach vom verpfuschten Europa-Debüt.<sup>30</sup>

Die Parole „Nizza oder Tod“ wurde von der PiS-Regierung weitergetragen und bestimmte ihre kompromisslose außenpolitische Haltung. Zwischen 2005 und 2007 gab es in Polen wenige Debatten über die Stimmgewichtung im Rat der Europäischen Union. Als die deutsche EU-Ratspräsidentschaft das Thema erneut aufnahm, kam die Kaczynski-Regierung mit der Idee für ein neues Abstimmungssystem im Rat, in dem das Stimmengewicht nicht nach der Bevölkerungszahl bemessen wird, sondern nach der Quadratwurzel daraus. Die Regierung drohte wieder mit einem Veto auf dem EU-Gipfel vom 21. und 22. Juni 2007 in Brüssel, der unter dem deutschen Vorsitz im Rat der Europäischen Union stattfand.<sup>31</sup> Die Idee einer solchen Stimmverteilung hätte zum Teil auch Zuspruch in einigen europäischen Ländern finden können,<sup>32</sup> jedoch war das Auftreten Polens – mit aggressiver Rhetorik und keinerlei Kompromissbereitschaft – wieder stark kritisiert worden und stellte das Land vor eine politische Isolation. In Polen wurde ebenfalls der außenpolitische Kurs der Kaczynski-Regierung

28 Vgl. Lejda, Stanislaw: Gespräch mit Jozef Pinior: „Nie musimy mówić, że mamy dobry rząd, bo to polski rząd“, in: Odra, o.Jg.,11 (2007), S. 2–3; o.A.: Twin problems. Poland is suffering from a bad image. Blame the Kaczynski brothers, in: The Economist vom 13. Juli 2006; o.A.: Turning the loose screw. The Polish government flails, creaks and sheds ministers, in: The Economist vom 15. Februar 2007; Neef, Christian et al.: Die Schlacht der Zwillinge, in: Der Spiegel, Jg. 60, 25 (2007), S. 25–38.

29 Schmidt-Häuer, Christian: Der Held der Neinsager, in: Die Zeit vom 17. Dezember 2003.

30 Vgl. Hoyng, Hans / Puhl, Jan / Doerry, Martin: Die Fronten haben sich verhärtet, in: Der Spiegel, Jg. 57, 3 (2004), S. 92.

31 Vgl. Schuller, Konrad: Tod für die Wurzel, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 17. Juni 2007.

32 Vgl. Tomik, Stefan: Polens Vorschlag: Quadratwurzel-Behandlung für Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Juni 2007.

deutlich kritisiert.<sup>33</sup> Schließlich, nach langen Verhandlungen, konnte eine Kompromisslösung gefunden werden, nach der die doppelte Mehrheit ab 1. November 2014 eingeführt wird. Die doppelte Mehrheit ist dann erreicht, wenn eine Entscheidung von mindestens 55 Prozent der Mitglieder des Rates (derzeit mindestens 15 EU-Staaten), die gleichzeitig mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten, unterstützt wird.<sup>34</sup>

Die Aktivitäten der Republik Polen seit ihrem Beitritt konzentrierten sich vor allem auf Bemühungen, die Beziehungen zwischen der EU und den ehemaligen Sowjetrepubliken zu intensivieren. Eine Politik der sogenannten „offenen Tür“ war für das Land von größter Bedeutung, da der Beitritt der Ukraine, Moldovas und Georgiens in die EU zur Verbesserung der geopolitischen Sicherheit Polens beitragen würde. Darüber hinaus sahen die polnischen Politiker den Grund für die fehlende gemeinsame europäische Strategie gegenüber Russland in den intensiven bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den wichtigsten Partnern in Europa wie Deutschland, Frankreich und Italien. Die Pläne für die Ostseepipeline und die Unterstützung des Projekts von Seiten der EU riefen das Thema der Europäischen Energiepolitik auf den Plan. Polen bezeichnete das Vorhaben als Einschränkung seiner Souveränität und Bedrohung seiner Sicherheit<sup>35</sup> und setzte sich für mehr Sicherheit und Solidarität in der Energiepolitik der Europäischen Union ein. Kazimierz Marcinkiewicz, der erste Ministerpräsident der PiS-Regierung, schlug einen „Europäischen Pakt für die Energiesicherheit“ vor, der die Verpflichtung beinhaltet, sich gegenseitig in jeder Form zu unterstützen, sobald ein oder mehrere Mitgliedstaaten, die den Pakt unterschrieben hätten, in ihrer Energiesicherheit bedroht seien.<sup>36</sup> Alle außenpolitischen Kräfte in Polen – Ministerpräsident Marcinkiewicz, Außenministerin Anna Fotyga sowie Staatspräsident Lech Kaczyński – unterstützten den Vorschlag mit Nachdruck, konnten in der EU jedoch keine Befürworter finden. Die anderen EU-Staaten fanden es schwer, diesen Solidaritätsmechanismus Russland gegenüber zu vertreten:

„Während Warschau eine ‚Energie-NATO‘ mit gegenseitigen Beistandsgarantien gegen allfällige politische Erpressungsversuche Moskaus schaffen wollte, favorisierten andere

33 Vgl. Urban, Thomas: Streit um die Kartoffel. Polnischer Botschafter attackiert die eigene Regierung, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Juli 2006; Schuller, Konrad: Handschlag gegen die Kaczyńskis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Mai 2007.

34 Vgl. Art. 238 Abs. 3 (a) AEUV.

35 Vgl. Konarzewska, Anna: 3 lata Polski w Unii Europejskiej: Próba Bilansu, in: Bezpieczeństwo Narodowe, o.Jg., 3/4 (2007, I–II), S. 20–34.

36 Vgl. Jesien, Leszek: Polityka Polski w Unii Europejskiej, in: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych (Hrsg.): Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008, Warschau, S. 43–44.

EU-Partner (wie etwa Deutschland) einen Mechanismus der kooperativen Energiesicherheit unter Einschluss Russlands.“<sup>37</sup>

Letztendlich hatte Polen einen kleinen Erfolg zu feiern, da die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel nun über Solidarität in Fragen der Energiesicherheit diskutierten und beschlossen, dass die EU nur solche Projekte mitfinanzieren kann, die für alle Mitgliedstaaten Nutzen bringen.<sup>38</sup> Damit wurde die Finanzierung des Baus der von Polen als Bedrohung wahrgenommenen Ostseepipeline blockiert.

Jedoch konnte die Republik Polen angesichts der fehlenden Erfahrung auf der EU-Bühne und der begrenzten außenpolitischen Kompromissbereitschaft der beiden polnischen Regierungen bei Projekten auf der europäischen Ebene zwischen dem EU-Beitritt 2004 und den Parlamentswahlen im Oktober 2007 wenig dauerhafte Spuren hinterlassen.

#### *V. Polen als Partner*

„Offiziell hat die Europäische Union zu den Wahlen in Polen keine Meinung. Dennoch ist es in Brüssel ein offenes Geheimnis, dass sich die Mehrheit der Europäer einen Regierungswechsel in Warschau wünscht“<sup>39</sup>, berichtete die deutsche Presse 2007 kurz vor den Parlamentswahlen in Polen. Nach den von der Bürgerplattform gewonnenen Wahlen kündigte der neue Ministerpräsident Donald Tusk in seinem Exposé eine Rückkehr zur Tradition des außenpolitischen Konsenses an. Die Umsetzung der polnischen Interessen sollte in Zusammenarbeit mit der EU geschehen.<sup>40</sup> Die Republik möchte, nach den Aussagen von Tusk und dem von ihm zum Außenminister ernannten Radoslaw Sikorski, eine Schlüsselrolle in der Europäischen Union spielen und gemeinsam mit anderen Staaten an der Vertiefung der europäischen Integration arbeiten. Gleichwohl blieben aber die Schwerpunkte polnischer Europapolitik gleich: die Verstärkung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik, Erweiterungsrounds insbesondere in Richtung Osten sowie die Aufnahme des Dialogs mit Russ-

37 Lang, Kai-Olaf: Polens Energiepolitik. Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland, SWP Studie 13 (2007), S. 25.

38 Vgl. Geden, Oliver: Energiesolidarität im EU-Reformvertrag. Ein zentraler Baustein der europäischen Energiepolitik, in: SWP-Aktuell, 34 (2007), [www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A34\\_gdn\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A34_gdn_ks.pdf) (Zugriff am 6. September 2012), S. 2f.

39 O.A.: Wunsch nach Regierungswechsel in Warschau, in: Handelsblatt vom 18. Oktober 2007.

40 Vgl. Tusk, Donald: Exposé premiera Donalda Tuska. Regierungserklärung Ministerpräsident Donald Tusk im Sejm am 23. November 2007, in: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów (Hrsg.), [www.premier.gov.pl/premier/przemowienia/expos\\_premiera\\_donalda\\_tuska,19](http://www.premier.gov.pl/premier/przemowienia/expos_premiera_donalda_tuska,19) (Zugriff am 2. April 2012).